

Georgiens Regierung federt Absturz der Tourismusbranche ab

In Georgien leidet vor allem die Tourismusbranche unter dem Coronavirus. Die Regierung hat finanzielle Unterstützung angekündigt. (Stand 1. Juli 2020)

Von Dominik Vorhölder, Uwe Strohbach | Bonn, Tiflis

- ▶ [Tourismuseinnahmen sinken stark](#)
- ▶ [Regierung unterstützt Unternehmen finanziell](#)
- ▶ [Antikrisenplan für die Tourismusbranche](#)

Die Ausbreitung des Coronavirus trifft Länder, die vom Tourismus abhängig sind, besonders hart. Dazu gehört Georgien, wo das boomende Hotel- und Gaststättengewerbe unter dem Besucherrückgang aufgrund der verschärften Einreisebestimmungen leidet.

Die georgische Regierung hat am 12. März 2020 die Einreisebestimmungen für Besucher aus Deutschland, Frankreich, Spanien und Österreich verschärft. Seit 28. Februar 2020 bestehen strengere Vorschriften für Reisende aus China, Südkorea, Iran und Italien. Personen, die aus den genannten Ländern einreisen wollen, müssen einen Antikörpertest (PCR-Labortest) vorzeigen. Wer sich vor der Abreise nicht hat testen lassen, muss sich in eine 14-tägige Quarantäne begeben.

Tourismuseinnahmen sinken stark

Etwa 80 bis 100 Prozent der Hotelbuchungen in Tiflis für März, April und Mai 2020 wurden storniert. In anderen Landesteilen bleiben die Besucher gänzlich aus. Die meisten Gaststätten und anderen Verpflegungseinrichtungen sind verwaist.

Das trifft die georgische Wirtschaft hart, denn die Einnahmen aus dem Incoming-Tourismus stiegen innerhalb von fünf Jahren um hohe 75 Prozent auf fast 3,3 Milliarden US-Dollar (US\$). Ausländische Touristen gaben in Georgien 2019 im Schnitt zwischen 542 und 1.200 US\$ während eines durchschnittlich vier Tage langen Aufenthaltes aus.

Georgiens Deviseneinnahmen aus dem Incoming-Tourismus

	2015	2016	2017	2018	2019
Deviseneinnahmen (in Mio. US\$)	1.868	2.111	2.704	3.222	3.268

Quelle: Zentralbank Georgiens

Allein durch gestrichene Flüge aus China und Iran betragen die monatlichen Einnahmeverluste der Tourismusbranche mindestens 10 Millionen Euro, schätzt Wirtschaftsministerin Natia Turnava. In Folge der Schließung weiterer Lufträume und zunehmender Hotelstornierungen befindet sich die georgische Reisebranche am Rande des Bankrotts, meint der Vorsitzende des Verbandes der Hotels und Gaststätten Shalva Alaverdashvili.

Regierung unterstützt Unternehmen finanziell

Um die wirtschaftlichen Folgen abzumildern, hatte die georgische Regierung am 13. März 2020 ein erstes Aktionspaket geschnürt. Unternehmen aus der Tourismusbranche werden von März bis Juni von der Grund- und Unternehmenssteuer befreit. Im Rahmen einer Reform der Umsatzsteuererklärung war bereits geplant, dass dem Privatsektor 600 Millionen GEL (rund 170 Millionen Euro) zurückgegeben werden. Diese Summe soll nun laut Gakharia verdoppelt werden.

Zudem versprach Wirtschaftsministerin Turnava, kleinen Hotels etwa 3 Millionen GEL (rund 900.000 Euro) an Zinssubventionen für Bankdarlehen zur Verfügung zu stellen. Die georgische TBC Bank bietet Privatkunden und Unternehmen unter anderem aus der Tourismusbranche die Möglichkeit, Zins- und Tilgungszahlungen für drei Monate aufzuschieben.

Antikrisenplan für die Tourismusbranche

Am 7. Mai 2020 stellte die georgische Regierung ihren Krisenbekämpfungsplan für die Tourismusbranche vor.

Der Plan sieht wie folgt aus:

- Die Tourismusbranche wird im laufenden Jahr 2020 vollständig von der Grundsteuer befreit.
- Die Regierung wird 80 Prozent der Zinssätze für Geschäftskredite der Hotels mit einem Jahresumsatz von nicht mehr als 20 Millionen GEL subventionieren.
- Die Regierung wird die Aufnahme neuer Bankkredite durch Gastronomiebetriebe zu 90 Prozent kofinanzieren.

Mehr zu:

Georgien
Coronavirus / Tourismus
Branchen

Kontakt

Katrin Kossorz

Wirtschaftsexpertin

 +49 228 24 993 268

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.